

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 288.

Mittwoch, 12. Dezember 1917. abends.

70. Jahra.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Erleger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,55 Mark, monatlich 85 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundzeile (7 Spalten) 20 Pf., Preis für 15 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung, der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nachstehend werden hiermit die Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern über Brennholz vom 11. November 1917 sowie eine hierzu ergangene Ausführungs-Verordnung der Königl. Amtshauptmannschaft Dresden vom 5. Dezember 1917 zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Großenhain, am 11. Dezember 1917.
Königliche Amtshauptmannschaft.

Verordnung über Brennholz.

Auf Grund von §§ 12–15 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (RVL S. 607, 728) wird verordnet:

§ 1.

Die Versteigerung von Brennholz, insbesondere von Brennweiten, Brennknüppeln und Astmetern ist h. a. w. verboten.

§ 2.

Jeder Eigentümer von mehr als 10 ha Wald innerhalb des Königreichs Sachsen ist verpflichtet, zur Befriedigung des noch ungedeckten Bedarfs der Bevölkerung der für sein Waldgebiet zuständigen Kreisshauptmannschaft das zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung in seinen Waldungen lagernde unverkauftes Brennholz und die bis zum 31. März 1918 noch weiter anfallende Menge aufbereiteten Brennholzes, mindestens aber 1 m³ Brennholz (weich oder hart) von je 3 ha nutzbarer Holzbodenfläche bis zum 31. März 1918 im Walde aufgearbeitet zur Verfügung zu stellen.

Abraumreisig und Stockholz fallen nicht unter diese Bestimmung. Doch ist den Waldeigentümern, deren Waldungen nachweislich nur zu weniger als dem vierten Teile mit bis 40 jährigen und älterem Holze bestanden sind, nachgelassen, den vierten Teil der Holzmenge in Abraumreisig zur Verfügung zu stellen.

Auch kann auf Wunsch der Empfänger eine entsprechende Menge Stockholz, und zwar statt 1 m³ Scheite 2 m³, statt 1 m³ Knüppel 1 1/2 m³ und statt 1 m³ Äste 1 m³ Stockholz verabsolot werden.

Wer in seinem Walde nachweislich keinen Bestand von 40 jährigen und älterem Holze hat, kann auf Antrag von der Abgabepflicht ganz oder teilweise befreit werden. Der Antrag ist an das Ministerium des Innern zu richten und bei der zuständigen Kreisshauptmannschaft einzureichen.

Das nach Abs. 1 für die Kreisshauptmannschaft beanpruchte Brennholz ist zur einen Hälfte bis zum 15. Dezember 1917, zu einem weiteren Viertel bis zum 31. Januar, der Rest bis zum 31. März 1918 den Kreisshauptmannschaften anzustellen. In jedem Termine sind wenigstens 2 m³ anzubieten. Bleibt die Pflichtmenge hinter diesem Maße zurück, so ist der Waldeigentümer berechtigt, die Anstellung des Brennholzes bis zu dem Termine auszusagen, an dem die bis dahin fällige Pflichtmenge wenigstens 2 m³ erreicht. Den Waldeigentümern ist es jedoch unbenommen, die gesamte abzugebende Brennholzmenge bereits zum ersten oder bis zum zweiten Termine anzustellen.

§ 3.

Die Abgabe des in staatlichen Forsten anfallenden Brennholzes erfolgt nicht auf Grund dieser Verordnung, sondern regelt sich nach den Bestimmungen der Verordnung des Finanzministeriums vom 19. Mai 1917.

§ 4.

Privatwaldeigentümer dürfen das für den Eigenbedarf und die Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter benötigte Brennholz zurückbehalten. Den Gemeinden mit Waldbesitz ist nachgelassen, neben dem Eigenbedarf den Bedarf ihrer Einwohner im Voraus zu befriedigen.

Wieviel Brennholz im Einzelfalle für diese Zwecke zurückgehalten werden darf, entscheidet die bei jeder Kreisshauptmannschaft zu begründende Kreisbrennholzstelle, die aus dem Kreisshauptmann oder einem von diesem zu bestellenden Vertreter als Vorsitzendem und je einem Vertreter der staatlichen Forstverwaltung der waldbesitzenden Gemeinden und der privaten Waldeigentümer besteht. Die Beschlußfassung erfolgt nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 5.

Bestehende Lieferungsverträge über noch anstehendes Brennholz bleiben von dieser Verordnung unberührt. Die Kreisshauptmannschaft ist jedoch berechtigt, die Erfüllung dieser Lieferungsverträge ganz oder teilweise zu untersagen und Vorklieferung an die Kreisshauptmannschaft zu verlangen, soweit der dringende Bedarf der Bevölkerung ihres Bezirkes bis zum 31. März 1918 noch nicht gedeckt ist.

§ 6.

Bis zum 24. November dieses Jahres haben die nach § 1 lieferungspflichtigen Waldeigentümer der zuständigen Kreisshauptmannschaft anzuzeigen:

- welche Brennholzarten sie, nach Scheiten, Knüppeln und Astmetern getrennt, unverkauft aufbereitet auf Vorrat haben,
- in welchen Abteilungen ihres Reviers das aufbereitete Brennholz (in Schlägen oder in Einzelstücken) lagert,
- welche Mengen sie weiterhin den Kreisshauptmannschaften bis zum 15. Dezember 1917, 31. Januar 1918 und 31. März 1918 zur Verfügung halten,
- über welche hiernach angefallenen Mengen und mit wem Lieferungsverträge abgeschlossen und bis wann sie zu erfüllen sind,
- welche Mengen sie zur Befriedigung des nach § 4 Abs. 1 vorzugsweise zu deckenden Bedarfs zurückbehalten wünschen und
- ob und in welchem Umfange sie der Zuweisung von Arbeitskräften zum Fällen und Aufbereiten des Brennholzes bedürfen, um das von ihnen zu erfüllende Kontingent rechtzeitig anstellen können.

Späterhin haben die Waldeigentümer der Kreisshauptmannschaft laufend Anzeige zu erstatten, in welchen Abteilungen ihrer Reviere, besonders auch ob in Schlägen oder Einzelstücken, in welchen Mengen und Sorten Brennholz von ihnen aufbereitet ist und zur Verfügung der Kreisshauptmannschaft gestellt wird.

§ 7.

Soweit die Kreisshauptmannschaft die Erfüllung der bestehenden und angezeigten Lieferungsverträge nicht beantragt oder der Inanspruchnahme von Brennholz mengen für die Versorgung nach § 4 Abs. 1 in dem angemeldeten Umfange nicht durch eine spätestens am 10. Dezember 1917 abgefertigte Verfügung — bei verspätetem Eingang der nach § 6 geforderten Anzeige binnen 3 Wochen nach Eingang — an den Waldeigentümer widerspricht, kann dieser nach seinen Lieferungsverpflichtungen und zugunsten des von ihm angezeigten Vorzugsbedarfs verfügen.

§ 8.

Die Kreisshauptmannschaft weist das ihr angebotene Brennholz, das sie für die Versorgung ihres Bezirkes in Anspruch nimmt, den Kommunalverbänden nach einem von ihr aufzustellenden Versorgungs-Schlüssel zu. Sie ist berechtigt, einen Teil des Brennholzes für andere Kreisshauptmannschaften oder die von diesem ihr benannten Kommunalverbände in Anspruch zu nehmen. Die Kreisshauptmannschaft teilt dem Waldeigentümer regelmäßig binnen 10 Tagen nach Eingang der Anzeige (§ 6 Abs. 2) mit, an welchen Kommunalverband das angebotene Brennholz überwiesen worden ist.

Die Uebernahme des Holzes durch den Kommunalverband hat alsbald nach Erteilung des Zuweisungsbefehles an den Waldeigentümer in einem von diesem anzuführenden Termine zu erfolgen. Die Uebergabe gilt mit Ablauf des hierfür festgesetzten Tages als erfolgt, auch wenn der Kommunalverband bei dem Termin nicht vertreten war.

Der Preis für das nach dieser Verordnung in Anspruch genommene Brennholz wird von den Kreisbrennholzstellen festgesetzt, die sich für diesen Teil ihrer Tätigkeit durch zwei vom Kreisshauptmann zu berufende Vertreter der Verbraucher zu ergänzen haben. Sie sind beschlußfähig, wenn wenigstens ein Vertreter der durch diese Verordnung betroffenen Waldeigentümer und ein Vertreter der Verbraucher anwesend ist. Die Beschlußfassung erfolgt nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Als Grundpreise sind die von der Staatsforstverwaltung aufgestellten Preise anzusetzen. Diese stellen sich derzeit ab Wald für 1 m³ wie folgt:

für Brennweite	Radelholz gut	= 9,00 M.
	wandelbar	= 8,00 "
	Laubholz gut	= 12,00 "
	wandelbar	= 10,00 "
für Brennknüppel	Radelholz gut	= 7,50 "
	wandelbar	= 6,50 "
	Laubholz gut	= 10,00 "
	wandelbar	= 8,00 "
für Astmeter	Radelholz	= 4,50 "
	Laubholz	= 6,00 "

Diese Preise sind als Mindestpreise anzusehen. Die Kreisbrennholzstelle ist berechtigt, unter Berücksichtigung der verschiedenen Beschaffenheit des Holzes, dessen Abfalllage im Walde, der Höhe der Werbungskosten usw. höhere Preise zu bewilligen und die Preise örtlich und sachlich weitergehend abzustufen. Preise, die um mehr als 50 v. H. über den von der Staatsforstverwaltung berechneten Grundpreisen liegen, dürfen nicht ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern bewilligt werden.

Die Preise für Abraumreisig und Stockholz werden von der Kreisbrennholzstelle nach pflichtmäßigen Ermessen festgesetzt. Sie müssen unter den für Astmeter festgesetzten Grundpreisen liegen.

§ 10.

Die Bezahlung des Holzes erfolgt durch den Kommunalverband, dem das Holz überwiesen worden ist, binnen 5 Wochen vom Tage der Uebergabe an gerechnet. Der Waldeigentümer kann der Abfuhr des Holzes widersprechen, solange Zahlung noch nicht erfolgt ist.

§ 11.

Die Abfuhr des Brennholzes liegt dem Kommunalverband oder der Gemeinde ob, der das Holz endgültig zufällt.

§ 12.

Die Unterverteilung des Brennholzes erfolgt durch die Kommunalverbände oder die von diesen dazu ermächtigten Gemeinden.

Bei der Verteilung können Consumvereine und dergl., gemeinnützige Gesellschaften und der Handel mitwirken. Den für die Durchführung der Verteilung gegebenen Weisungen des Kommunalverbandes oder der Gemeinde haben die als Mittler herangezogenen Körperschaften und Einzelpersonen Folge zu leisten.

Die Abgabe des Holzes an die Verbraucher hat zum Uebernahmepreis zuzüglich eines angemessenen Aufschlages für Abfuhr, die etwa vorgenommene Zerklüftung, Aufbewahrung und Verkauf des Holzes zu erfolgen.

§ 13.

Die Weiterveräußerung des auf Grund dieser Verordnung dem Verbraucher gelieferten Brennholzes ist untersagt.

§ 14.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden nach § 17 der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 15.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Dresden, den 11. November 1917.

Ministerium des Innern.

5480

Nr. 78 P. H.

Dresden, am 5. Dezember 1917.

Die mit § 6 der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern über Brennholz vom 11. November 1917 (Sächs. Staatszeitung Nr. 263 Beilage 2) geforderten Anzeigen sind bis jetzt nach Zahl wie meistens auch nach Inhalt nur ungenügend eingegangen. Zur Regelung der Sache macht sich deshalb eine nochmalige Erhebung und Feststellung erforderlich und die unterzeichnete Königl. Kreisshauptmannschaft ordnet demgemäß hiermit an, daß alle lieferungspflichtigen Waldeigentümer, das sind alle diejenigen, welche insgesamt mehr als 10 Hektar Wald besitzen, unbeschadet einer etwa schon erstatteten Anzeige, auf deren Inhalt auch nicht verwiesen werden darf, bis längstens zum 18. Dezember d. J. zu der Verordnung vom 11. November Anzeige zu erstatten haben.

Diese Anzeigen sollen nur die nachstehenden Fragen tunlichst kurz beantworten:

- Wieviel Hektar umfaßt der gesamte Waldbesitz?
- Wieviel Raummeter Brennholz stehen am 15. Dezember zur Verfügung der Kreisshauptmannschaft?
- Welcher Art (Laubholz, Radelholz) und von welcher Sorte (Scheite, Knüppel, Äste) ist dieses Holz?
- Welche Menge wird für den eigenen Bedarf gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung beansprucht? Für Wen? (Solches Holz darf von dem sogenannten Pflichtholz (1 Meter auf 3 Hektar) nicht gekürzt werden.)
- Wird ein höherer Preis als der Grundpreis (§ 9 Abs. 2 der Verordnung) gefordert? Ist dies der Fall, so ist die Forderung gemäß § 9 Abs. 3 zu begründen.
- Werden zur Beschaffung des Pflichtholzes fremde Arbeitskräfte zur Ausschiffe benötigt? Wieviel?
- Wird Befreiung von der Lieferungsverpflichtung nach § 2 Abs. 3 der Verordnung beansprucht? Aus welchen Gründen?
- Auf die Verordnung vom 11. November, und besonders auch auf deren Strafverordnungen in § 14 wird allenthalben verwiesen.

Die Anzeigen sind doppelt einzureichen und es wird sich zur Vermeidung von Rückfragen und Weiterungen empfohlen, die Richtigkeit der Angabe auf dem einen Stück ortsbehördlich beglaubigen zu lassen.

Für die Gemeindevorstände bedarf es dieser Anzeige vorläufig nicht.
Königliche Kreisshauptmannschaft.

Verfüttern von Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen.

§ 4 der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 16. August 1917 — Reichs-Gesetzblatt Seite 713 — bestimmt:

Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Erzeugnisse der Kartoffelstärkerei dürfen, vorbehaltlich der Vorschrift in Absatz 2 nicht verfüttert noch zu Futterzwecken verarbeitet werden.

Verfüttert werden dürfen nur Kartoffeln, die nicht gesund sind oder die Mindestgröße von 1 Hohl (2,75 cm) nicht erreichen.

Die Vorschrift wird in Erinnerung gebracht. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Rußland leitet Friedensverhandlungen ein.

Beginn der russischen Demobilisierung.

X Kopenhagen. Die russische Demobilisierung begann bereits. General Tschernomirski, mit Unterstützung der Alliierten zum Oberbefehlshaber ernannt, erließ die Weisung, mit Deutschland Friedensverhandlungen einzuleiten, jedoch sollen die Unterhandlungen nur für die russische Front gelten.

Die Verhandlungen.

X Berlin. Funkpruch der russischen Regierung aus Rastowice. Der Rat der Volkskommissare wird dementsprechend während der Friedensverhandlungen die Vorschläge und Neuierungen der Vertreter der kriegführenden Mächte den Truppen der verbündeten und feindlichen Völker sofort durch Funkpruch mitteilen. Zugleich wird auch der ganze Gang der Verhandlungen übermitteln werden. Laut nachträglich eingelangter Nachrichten haben die Verbündeten prinzipiell ihre Einverständnis zur Eröffnung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand unterzeichnet, wobei sie jedoch nicht nur unsere Front, sondern auch die ihre in Betracht zogen, und zwar unter der Bedingung, daß wir auch nicht um eine Wertschätzung und den deutschen Truppen keine Nahrungsmittel liefern würden. Wenn getrennt in Abrede gestellt wurde, daß sich die Verbündeten mit den Waffenstillstandsverhandlungen untereinander einverstanden erklärt haben, so muß dem bemerkt werden, daß die Chefs der verbündeten Missionen beim Hauptquartier, von denen in dem Telegramm des allgemeinen Komitees an den provisorischen Volkskommissar der Eisenbahnen die Rede war, unmittelbar mit ihren Regierungen verkehren, da sie ihren Gesandtschaften nicht unterstehen.

Die Bedingungen des provisorischen Waffenstillstandes.

X Stockholm. Nach einer Meldung aus Caparanda wird als Bedingung des provisorischen Waffenstillstandes vom 7. bis 17. Dezember in Telegrammen aus Petersburg angegeben: erstens: Die feindlichen Streitkräfte sind nach dreitägiger Räumung wieder aufgenommen werden; zweitens: Truppentransporte von mehr als einer Division sind verboten.

„Die neue Taktik des Verbandes“.

X Berlin. Unter der Überschrift: „Die neue Taktik des Verbandes“ wird der „Röln. Zig.“ aus Stockholm unter dem 11. dieses Monats gebracht: Wir kennen das Schreiben des Chefs der französischen Militärmission, des Generals Berlioz, in dem auf das Bestimmteste erklärt wurde, daß Frankreich in Rußland keine Macht anerkennt, die imstande wäre, mit dem Feinde ein Übereinkommen zu treffen. Wir kennen ferner das Schreiben des Chefs der amerikanischen Militärmission, worin den Bolschewiki für den Fall, daß sie am Stube bleiben, und ihr Programm durchführen, scharfe Gegenmaßnahmen angekündigt wurden. Schon zur Zeit, als der amerikanische General Johnson seinen Schritt bei Trotski tat, dem er erklärte, die Politik der Drohungen und Proteste sei jetzt vorbei, haben die Verbündeten aber wohl eingesehen, daß sie mit dieser Politik das Gegenteil von dem erreichen würden, was sie beabsichtigen, nämlich Rußland zu verbinden, seinen eigenen Interessen nachzugeben und um den dringenden Bedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen, den Weg zum Frieden zu beschreiten. Das Ergebnis dieser Einigkeit ist eine neue Taktik, die eine doppelte Richtung verfolgt. Einmal wird der Dabel, die den Grenzdörfern eingelegt, diese Arbeit geht von England aus und wird unterstützt durch mehrere russische Diplomaten, hauptsächlich durch Rabotow in London. Sie hat zunächst zum Ziel, die Ukrainer, das flächste russische Fremdschuligte, von mehr als einem Monat bis einschließlich des Jahres gegen 87 Beschuldigte, von mehr als einem Jahr gegen vier Beschuldigte. Auf Einziehung wurde 80 Mal erkannt, viermal auf Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Der Landesauschuss des Landesverbandes Sächsischer Feuerwehren beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Lösung in Brand geratener Films und die Feuerwehreinrichtungen in den Kinematographentheatern. Den Anlaß hierzu gab ein Schreiben der Königl. Brandversicherungsanstalt. Der Landesauschuss stellte sich auf den Boden der vom Königl. Ministerium des Innern erlassenen Verordnung, betreffend die Feuerbereitschaft in Kinematographentheatern. Danach beschloß sich der Landesauschuss mit Beratungen über die Verpflegung der Feuerwehreinheiten bei großen Bränden. Es wurde festgestellt, daß es in das Ermessen der Kommunalverbände gelegt, diesen Feuerwehreinheiten eine Nahrungszulage in Form von Brot, Fleisch und Fett zu gewähren. Sodann nahm man Kenntnis von der Mitteilung, daß der stellvertretende Vorsitzende des Landesfeuerwehrausschusses Professor Kessler, wegen schwerer Erkrankung und in Rücksicht auf sein hohes Alter nicht mehr imstande ist, sein Amt als Kreisvertreter auszuüben. Der Landesauschuss entsand unter dem Druck der unabänderlichen Verhältnisse Professor Kessler mit wärmsten Danken von seinem Amte. Die Aufstellung des Landesverbandes des Landesverbandes sächsischer Feuerwehren für 1918 ergab die Einstellung von 9450 M. in Einnahme und Ausgabe. Im Anschluß hieran wurden aus vorhandenen Mitteln 3000 M. zu einer als notwendig anerkannten Erhöhung des Passivs der wohlthätigen Stiftungen bewilligt. Ferner stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Ehrenvorsitzenden Branddirektors a. D. Weigand-Chemnitz, über die Feuerbereitschaft in kriegswichtigen Betrieben. Der Vortragende erklärte die Einführung einer solchen Feuerbereitschaft als unabhängiges Gebot der Stunde und stellte hierfür folgende, allgemein gebilligte Leitsätze auf: 1. Zweck der Feuerbereitschaft ist die Verhütung und Bekämpfung von Bränden in kriegswichtigen Betrieben. 2. Die Feuerbereitschaft ist nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Land- und Forstwirtschaft und für alle sonstigen Betriebe einzurichten, die im Dienste der Kriegführung und der Volksernährung stehen. 3. Die zur Feuerbereitschaft benötigten Leute sind der männlichen und wenn nötig auch der weiblichen Arbeiterkraft der Betriebe zu entnehmen. Sie soll in der Regel aus 10 Prozent der Arbeiterschaft bestehen, muß ausgebildet sein und das Arbeitsgebiet gründlich kennen. Einen weiteren bemerkenswerten Beratungsgegenstand bildete die Frage der vermehrten Beschaffung von Kraftfeuerlöschern in Sachen, wozu die Branddirektoren Wegand-Chemnitz und Jäger-Diana einleitende Vorträge hielten. Der erwähnte Redner hielt eine feste Stellungnahme des Landesfeuerwehrausschusses in dieser für eine gute Entwidlung des Feuerlöschwesens in Sachen sehr wichtigen Angelegenheit für wünschenswert. Schließlich wurde zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit ein Sonderauschuss eingesetzt.

X Berlin. Die im ehemaligen Reichner Granitwerke untergebrachten Kraftfütterwerke sind mit sämtlichen Warenvorräten und Maschinen niedergebrannt.
X Stolpen. Die Fische haben sich in fließender Gewässern so stark vermehrt, daß nichts mehr in den Fischel-

hoff, gegen Rußland mobil zu machen, und nachdem man die Ukrainer mit den Sozialisten verbündet hat, die Bolschewiki zu stürzen und auf diese Weise Rußland für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Später notwendig werden die Ukrainer ebenso zum alten Eisen geworfen werden, wie jetzt die Großrussen. Gleichseitig damit versucht man in Petersburg, diejenigen Kreise hauptsächlich unter den Sozialisten zu gewinnen, die den Bolschewiki feindlich sind, aber ebenfalls den Frieden wollen, indem man ihnen verspricht, daß auch die Verbündeten unter Umständen für den Frieden zu haben seien. Auf diese Weise soll ebenfalls der Weg für einen Sturz der Bolschewiki und damit für eine Beilegung der russischen Friedensverhandlungen freigemacht werden. So hat der französische Botschafter Rouleux in einer Sitzung des diplomatischen Korps auf der englischen Botschaft in Petersburg erklärt, Frankreich sei bereit, mit jeder Regierung, die das Vertrauen des russischen Volkes besitzt, Friedensverhandlungen gemeinsam auf einer Grundlage aufzunehmen, die nicht im Widerspruch zu Frankreichs Interessen und Würde steht. Sobald man den so sehr wünschenswertem Sturz der Bolschewiki erreicht hat, denkt man natürlich nicht daran, auch nur einen Finger für den Frieden zu rühren. Die neue Taktik der Verbündeten ist so durchsichtig, daß man sie in Rußland ohne weiteres erkennen und sich dadurch auf dem Wege zum Frieden nicht verirren lassen wird.

Erklärungen eines russischen Gesandten.

X Kopenhagen. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Der neue Gesandte der Bolschewiki in Stockholm, Worewaki, erklärte auf Befragen, er sei überzeugt, daß die verfassunggebende Versammlung die Regierung der Bolschewiki unterstützen und sich für die Unabhängigkeit Finnlands und Bolens aussprechen werde. Er betraute es als selbstverständlich, daß die Befestigungen auf den Ålandinseln beseitigt und daß es der Bevölkerung Finnlands und der Ålandinseln überlassen wird, selbst über das zukünftige Schicksal der Inselgruppe zu bestimmen. Schließlich erklärte er noch, daß die ungarische Staatschuld Rußlands herabgesetzt werden müsse, da Rußland sie unmöglich bezahlen könne.

Japans Haltung.

X Berlin. Funkpruch der russischen Regierung aus Rastowice. Der japanische Gesandte teilt mit, daß Japan weder die Absicht gehabt habe noch haben werde, Rußland den Krieg zu erklären. Ein Mitglied der Gesandtschaft demontierte das Gerücht, nach dem zwischen England und Japan ein Vertrag bestünde, laut dem Japan, falls Rußland mit Deutschland einen Separatfrieden schloße, Rußland den Krieg erklären würde.

Fahnenkutsch an der rumänischen Front.

X Kopenhagen. Aus Jassy wird gemeldet, daß an der rumänischen Front unter den russischen Soldaten auf die Meldung über die Waffenruhe vollkommene Fahnenkutsch ausgebrochen wäre. Überall werde demobilisiert. Die Soldatenkomitees wären vollkommen machtlos. Sie mußten bereits zahlreiche Schützengräben und Befestigungen hinter der Front räumen, da es an Soldaten fehlte.

Die Wahlen an der Nordfront.

X Petersburg. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sind an der gesamten Nordfront beendet. Die Bolschewiki haben etwa 1 Prozent, die revolutionären Sozialisten ungefähr ein Drittel, die Volkschewiki über die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Zahl der Stimmenthaltungen beträgt nicht mehr als 15 Prozent.

hören vor ihnen sicher ist. Selbst am hellen Tage bringen Fische in Höhlen ein und verschleppen Föhner; ein Fisch wurde in einem Hofe im Fuchseln gefangen. Ein Jäger konnte in wenigen Wochen 19 Fische fangen.

X Jassy. Den Unteroffizieren Scharfshmidt und Wendler, sowie Soldat Reufschner von hier, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, ist durch den diesigen Rat je 1000 Mark Tapferkeitsprämie aus der Stiftung des Reichens Hermann Werber in Blawitz ausbezahlt worden.

X Reichenau. Vollständig ruiniert haben zwei Väterlehrlinge das Geschäft ihres Meisters, der seit Kriegsbeginn im Felde steht, dadurch, daß sie seit schon über einem Jahre fortgesetzt Mehl, Brot und Brotmarken endweden und damit Handel trieben. Insgesamt fehlen nicht weniger als 18 Zentner Mehl.

X Chemnitz. Auf dem letzten Chemnitzer Ferkelmarkt, bei dem 176 Ferkel aufgetrieben waren, kam es infolge der Währungsänderung der Regierung, daß Spanferkel marktfrei abgegeben werden dürfen, zu einer derartigen Kaufwut seitens der Bevölkerung, daß der ganze Bestand in unangenehm kurzer Zeit geräumt war. An den festgesetzten Höchstpreis von 3,20 M. für das Allogramm hielten sich weder Käufer noch Verkäufer, und so kam es denn, daß für kleine Vorkentiere im Lebendgewicht bis zu 25 Pfund 120 M. und darüber gefordert und bezahlt wurden. Eine Anzahl Händler sind wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zur Anzeige gekommen.

X Leipzig. Ungeheuren Güterberaubungen ist man auf dem Rangierbahnhof Leipzig-Wahren auf die Spur gekommen. Bis jetzt sind als Täter 90 Managierer in Haft genommen worden. In der Hauptsache wurden Lebensmittel, Textilwaren usw. geraubt. Die Erbschaften der Bahndirektion für die abhanden gekommenen Güter sind außerordentlich hoch.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Dezember 1917.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Das „Berl. Tgl.“ meldet aus Stockholm: Laut „Ulro-Ross“ beabsichtigt der Rat der Volkskommissare vorläufig in Petersburg und Moskau den Gesundheitszustand der Bevölkerung, d. h. die Häuser als Eigentum der Bevölkerung zu erklären.

Die „Voss. Zig.“ schreibt: Die Entente hat zweifellos erkannt, daß die deutsch-russischen Verhandlungen nicht aufzuhalten sind. Sie sieht es nun vor, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung mit der russischen Regierung Fühlung zu nehmen, um auf die Verhandlungen Einfluss zu gewinnen und die Verständigung zu hintertreiben. Die Mittelmächte haben jetzt die doppelte Pflicht, diese Verhandlungen in sehr offener und entgegenkommender Weise zu führen, daß die englischen Eingriffversuche an der Schnelligkeit der Ergebnisse scheitern müssen.

Die Erfolge unserer U-Boote.

X Berlin. Welch beträchtliches Artilleriematerial den Feinden durch die Tätigkeit unserer U-Boote für immer entzogen wird, geht daraus hervor, daß eines unserer kürzlich von einer Fernfahrt im Mittelmeer zurückgekehrten U-Boote auf einer Reise nicht weniger als 10 Geschütze mit den verschiedensten Schiffen in die Tiefe sanken. Soweit bisher bekannt, sind seit Beginn des U-

Boottages nicht bis Oktober dieses Jahres nicht weniger als 1116 Geschütze mit feindlichen Dampfschiffen versenkt, während 20 Geschütze von unseren U-Booten erbeutet werden konnten. Zu diesen beträchtlichen Verlusten kommen auch noch die Einbußen der Artillerie der sehr großen Anzahl unbekannter versenkter Dampfer. Außer den Geschützen versinkt mit den Dampfern natürlich auch die zu ihnen gehörige Munition. — Anstelle aller jener Geschütze und zugehörigen Munition hätten Waffen- und Munitionsfabriken der Gegner entsetzlich mehr Material für den Landkrieg herstellen können. Schließlich wird zur Bekleidung der Geschütze beträchtliches artilleristisch ausgebildetes Material benötigt, das an Land Besatzungen finden würde, wenn es nicht auf den Dampfschiffen verloren wäre.

Die Revolution in Portugal.

X Bern. Die „Yvoner Blätter“ melden noch folgende Einzelheiten aus Lissabon: Das Dampfschiff „Vasco da Gama“ ist bei den Kämpfen schwer beschädigt und daher auf Strand gesetzt worden. Durch das Geschützfeuer sind in der Hauptstadt fast alle Häuser mehr oder weniger schwer beschädigt; die Wohnungen von Lixa, Braga und Rego sind von der Menge geplündert und verwüstet worden. Die Zahl der Toten wird auf 70, die der Verwundeten auf 300 bis 400 geschätzt.

England lehnt Hilfe für Finnland ab.

X Kopenhagen. Der Beauftragte für Volksernährung im finnischen Senat Prof. Wendt in Stockholm erhält von Lloyd George als Antwort auf seine drabliche Bitte um Lebensmittel für Finnland zur Antwort, England werde sich zurzeit selber in einer solchen Lage, daß die englische Regierung außerstande sei, Finnland in seiner Not zu helfen. Lloyd George rät ihm aber, mit der amerikanischen Regierung zu verhandeln und schließt mit der Hoffnung, daß diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen.

Das elsaß-lothringische Kriegsziel.

X Kopenhagen. Zu den kürzlich erschienenen Ausführungen des Grafen Czernin über Elsaß-Lothringen schreibt „Politik“: Das elsaß-lothringische Kriegsziel ist auch das Oesterreich-Ungarische und um das Reichsland als deutschen Besitz zu erhalten, werden österreichisch-ungarische Truppen nun an dem furchtbaren Kampfe an der Westfront teilnehmen. Die militärischen Wirkungen eines gemeinsamen deutsch-österreichisch-ungarischen Auftruges gegen die Franzosen und Engländer lassen sich natürlich noch nicht beurteilen. Es handelt sich indessen nicht allein um einen militärischen, sondern auch um ein politisches Moment, und namentlich in Paris wird man sich seiner fallenden Auswirkung darüber hingeben, was es bedeutet, daß österreichisch-ungarische Truppen sich auf der Westfront melden, um für Elsaß-Lothringen zu kämpfen.

Die Beschuldigungen gegen Caillaux.

X Paris. (Agence Havas.) Nach dem Schriftstück, in dem um die Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux nachgesucht wird, soll dieser sich eines Unfalldes auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht haben durch Antriebe, die geeignet gewesen seien, das Bündnis Frankreichs bloß zu stellen, ferner des Einverständnisses mit dem Feinde und drittens einer schamlosen Propaganda (Propaganda defaite). Für diese Anklagen sind die Kriegsgerichte zuständig. Sollte aber die Anklage auf Unfalschlag gegen die Staatsicherheit erdacht aufrechterhalten bleiben, so würde Caillaux vor den Staatsgerichtshof verwiesen werden müssen.

Bermischtes.

Der Preis des Tank-Patents. Da die berühmten Tanks der Engländer jetzt wieder einmal bei den Alliierten im Vordergrund des Interesses stehen, taucht so wohl in London wie in Paris immer von neuem die Frage auf, wer der eigentliche Erfinder des Tanks sei und welchen klingenden Lohn die Erfindung eingebracht habe. Hierauf antwortete der Gaulois, indem er gleichzeitig die Gelegenheit benutzte, die französischen Erfinder von Kriegsmitteln zu größerem patriotischen Oservant zu ermahnen. Der Erfinder des Tanks, so erklärt das Blatt, ist ein in London lebender Sir W. Tritton. Er arbeitete an der Konstruktion des ersten Tank nicht weniger als 2 1/2 Jahre. Für seine Erfindung heimste er 80 Pfund, also ungefähr 1000 Frs. ein. Für diese Summe übergab er nämlich aus patriotischen Gründen der Regierung sämtliche Rechte aus dem Patent.

Ein afrikanischer Hindenburg.

Die deutschen Streitkräfte in Ostafrika kämpfen jetzt mit letzter Kraft, und auch die Feinde können diesem zähen Kampf ihre Bewunderung nicht versagen. Allen voran hat der deutsche Anführer Lettow-Vorbeck seinem Gegner einen ungewöhnlichen Respekt vor ihm einflößt. Ein Zeichen dafür findet man in einer englischen Zeitung, „Sunday Times“ in Johannesburg, in welcher es unter anderem heißt: „Tatsächlich gibt es in der Kriegsgeschichte kaum ein Gegenstück für den Widerstand, den der deutsche Kommandierende geleistet hat. Weber 1812, als die Russen über Napoleon Koben und hinter Moskau zurückzogen, noch 1915, als Madensens Schläge die Soldaten des Jaren aus Volem hinausdrückten, waren die Entbehrungen des Rückzuges größer als in Ostafrika. Und dies — wohl zu bemerken — ist ausgeführt worden unter großen Verlusten und ohne die geringste Hoffnung auf Erfolg oder Verstärkung. Wahr ist, daß zwei oder drei Blockadebrecher Material und Vorräte an die Küste gelangt haben, und ganz besonders ein Schiff löschte im März 1916 in der Nähe von Unbl eine sehr wertvolle Ladung von Geschützen, Waffen, Munition und Bekleidung, doch vermindert dies keineswegs die Wertschätzung der Arbeit, die Lettow-Vorbeck geleistet hat. Der letzte Blockadebrecher landete auch zwei preußische Offiziere, von denen einer den Befehl an Lettow-Vorbeck überbrachte, bis zum letzten Mann auszubringen. Lettow

Im Dienste des Vaterlandes.

Am Donnerstag, den 13. Dezember abends 8 Uhr 30

im Saale des Gasthauses „Zum Stern“

Lichtbilder-Vortrag

des Kriegsberichterstatters Alfred Richard Meyer:

Die Flandernschlacht.

Berauhelt von den Vereinigten Militärvereinen

von Aiefa, Boppig, Bergendorf und Boppig.

Karten zum Preise von M. 1.50 (einst. Platz), M. 1.—

und M. 0.50 bei Zigarrenhändler Böttger und an der

Abendkasse.

hat diesen Befehl ausgeführt, und obgleich die Natur des Landes die Verteidigungsmittel außerordentlich begünstigt ist, ist es schwer, die Entschlossenheit des deutschen Kommandierenden zu überschätzen, und es ist unmöglich, diesen Mann, obgleich er ein Feind ist, zu viel Lob zu sollen für die mutige und pflichttreue Art, in der er allen Schwierigkeiten zum Trotz jenem Befehl gehorcht hat. Ein gefasener deutscher Offizier sagte mir: „Wenn Oberst von Lettow-Vorbeck tot oder gefangen wäre, würde der Feldzug in Ostafrika beinahe zu einem sofortigen Schluss kommen. Er ist Leben und Seele unseres Widerstandes. Er ist überall und tut alles. Er geht selbst hinaus auf Patrouille und hat eigenhändig Gefangene gemacht. Er führt so gut wie gar keine Ausrüstung mit sich und teilt alle Beschwerden mit dem niedrigen seiner Untergebenen. Er ist ein harter Mann, aber wenn er hart gegen andere ist, so ist er es auch gegen sich selbst.“ Lettow-Vorbeck ist ein deutscher Präzisionsführer für den preussischen Blut- und Ehrentyp. Er hat bloß ein Auge, das andere hat er während des Boxer-aufstandes in China verloren. Im ostafrikanischen Feldzug ist er zweimal verwundet worden. Einmal ist er von einem Granatsplitter getroffen worden. Es war auch berichtet, daß er wenige Monate vorher an einem Schwarz-walkertieber krank lag. Die Truppenmacht, die Lettow-Vorbeck gegenwärtig zur Verfügung hat, ist nur ein Bruchteil ihrer ehemaligen Stärke. Seine Leute leiden unter Malaria und anderen Krankheiten des Landes. Auch müssen sie in steter Sorge sein, um Nahrungsmittel, Munition und Ausrüstungsmittel, wenn sie nicht überdauert schon Mangel an diesen Dingen haben. Weisse und farbige müssen das Ende eines aussichtslosen Widerstandes willkommen heißen. Sie sind ermüdet und krank, und die Europäer wissen, daß Lettow auf keinen Fall noch lange aushalten kann. Sie haben keine Dettschaken und Häfen oder Eisenbahnen und waren gezwungen, sich in eines der tödlichsten Gebiete ganz Afrikas zurückzuziehen. Aber noch hat Lettow-Vorbeck das Kommando, und er befehligt ihnen weiterzukämpfen, wie sein oberster Kriegsherr ihm befohlen hat. „Er ist ein afrikanischer Hindenburg.“

Portomonnale
mit 20 St. von Bäckerei
Heilmann bis Kaufm. Otto
u. Fr. Altmann verlesen.
Bitte geg. Belohn. abzugeben
Gröba, Streblauer Str. 55.

Die Radfahrkarte
Walter Ufer, Zeithain ist
auf Bahnhof Riesa (Wies-
rampe) verloren worden.
Bitte abzugeben bei Flei-
schermeister Ufer, Zeithain.

Bei unserem Weggang von
Riesa nach Dresden, Kauf-
bachstr. 22, 3. lagen wir un-
serer wertigen Kunstschaff, allen
lieben Freunden und Nach-
barn ein

**herzliches
Lebewohl.**
Louise Reinhardt,
Louise Kunz.

Scheuerpulver
**Spargauer
Blitzblank**
erzielte höchste Wirkung
Jeder Haushalt verlangt das echte
Spargauer Blitzblank mit dem
Lemke & Severin
Magdeburg, Kaiserstr. 12
zu haben in den Kolonialwarengeschäften.

Montag abend 7/8 Uhr entschlief nach kurzem
Krankenlager sanft und ruhig unsere liebe Mutter,
Schwieger- und Großmutter
Christiane verw. Goldner
Dies zeigen tiefbetrubt an
die trauernden Kinder.
Wahren, den 10. Dezember 1917.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag
7/8 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 25. 11. 17. erlag den schweren
Verletzungen infolge Granatschusses, der
Landsturmmann
Max Hahn
aus Riesa. Er starb den Heldentod fürs Vaterland.
Die Kompanie beklagt tief den Tod eines vor-
trefflichen Kameraden und pflichttreuen Soldaten.
Sein Name bleibt stets in Ehren!
Müller, Hauptmann und Kompagnieführer.
* 1. Kompagnie
R. G. S. Landst.-Batt. Leipzig, XIX. 5.

Die Feinde waren als der Feind uns droht,
Im Lebenskampfe fällt sie der Tod.
Unerwartet entschlief heute Nacht sanft mein
lieber, treuer Mann, unser guter Vater, Schwieger-
und Großvater
August Stübe
Witruu von 1864, 1866, 1870/71,
im Alter von 74 Jahren.
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, den
16. Dezember, nachm. 2 Uhr von der Halle aus.
Im tiefen Schmerze
Frau S. verw. Stübe geb. Ebert
Familie Otto Stübe, Eisenbahnassistent.

Gasthof Pausitz.

Theater der Stadt Riesa.
Sonnab. 16. Dezember, 7/8 Uhr.
Zum Schluss für Friedrichshafen.
Die Hiesigen des Christkind suchen wollte,
oder Knecht Rupprecht Puppenheim.
Zum Schluss: Christi Geburt.
Lebendes Bild mit allgemeinem Gesang: „Stille Nacht“.
Abend 7/8 Uhr:
Das Buchstabe, oder: Die Wäule im Ebelgrund.
Vollständ. mit Gesang.
Hierzu: Ein lebender Rebus.
Dem Erster eine Flasche Sekt.
Die Direktion.

Achtung! Schlachtpferde!
Sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notfällen
schneell zur Stelle. Frau, Transport.
Weiterverkauf findet nicht statt.
Albert Mohlhorn, Gröba.
Telephon Riesa Nr. 685.

Für die uns von der H.-S. Rauchhammer,
Riesa zuteil gewordene Weihnachtspende
danke herzlich
die Kriegerfrauen zu Grünitz, Blochwitz
und Ragwitz.

Für das große, reiche Weihnachtsgeschenk
von der H.-S. Rauchhammer
herzlichsten Dank.
Böttner, Spiller, Zimmermann und Pöschel,
Riesa.

Für die reiche Weihnachtspende der H.-S.
Rauchhammer, Abteilung Stahl- und Walzwerk
Riesa,
danke herzlich
die Frauen der im Felde stehenden Männer
zu Oelsch und Reibitz.

Für die reiche Weihnachtspende der Aktien-
Gesellschaft Rauchhammer, Abteilung Stahl-
und Walzwerk Riesa,
danke herzlich
die Frauen der im Felde stehenden Männer
zu Weiba.

Ihre Vermählung zeigen ergebenst an
Max Soxler z. Zt. beurlaubt
und **Frau Elsa** geb. Bittig.
Oelsitz, den 2. Advent 1917.

Die Verlobung meiner Tochter **Else** mit Herrn **Alfred
Gantsch** beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Frau Amtsrat **E. Kitzing.**
Domäne Fränkenau b. Bad Kösen a. S.,
10. Dezember 1917.

Meine Verlobung mit Fräulein **Else Kitzing**, einzigen
Tochter des verstorbenen Kgl. Amtsrats Herrn **Robert Kitzing**
und seiner Frau Gemahlin **Elsbeth**, geb. Goldacker, beehre ich
mich ergebenst anzuzeigen.
Alfred Gantsch.
Gröba-Riesa, z. Zt. im Felde,
10. Dezember 1917.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres herzenguten unver-
gesslichen Vaters, Bruders, Schwagers, Schwieger- und Gross-
vaters

Julius Hermann Robberg
ist es uns Herzensbedürfnis, für die wohlwollendsten Beweise,
den überaus reichen Blumenschmuck und das ehrende Geleite
zur letzten Ruhestätte, allen lieben Verwandten und Bekannten
hierdurch den innigsten Dank auszusprechen.
Besonderen Dank seinen Herren Vorgesetzten und Amts-
genossen für den gespendeten Blumenschmuck und ehrenden
Nachruf. Heissen Dank allen seinen Freunden, die ihn wäh-
rend seiner schweren Krankheit durch ihren Besuch erfreuten.
Dir aber, teurer Entschlafener, rufen wir ein „Habe Dank“
und „Ruhe sanft“ in Deine stille Gruft nach.

Gröba, Wernitzgrün i/Vogtl. und Otdorf,
am 10. Dezember 1917.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Erwartung
mit Verlobung am Montag
von einem Soldaten von
Gröba bis Riesa (Gortfestr.)
verlesen. Gegen gute Be-
lohnung abzugeben im Tage-
blatt Riesa.

Dunkel.
Damenhandtasche
Dienstag abend Bismardt,
Olschauer od. Rollfestr. ver-
lesen. Gegen gute Be-
lohnung abzugeben im Tage-
blatt Riesa.

Frdl. möbl. Zimmer
sofort gesucht. Angeb. unt.
V U 246 an das Tabl. Riesa.
2 junge Herren suchen für
sofort ein einfaches
möbliert. Zimmer.
Angeb. m. Preisangabe unt.
V M 228 an das Tabl. Riesa.

2 junge Soldaten aus bester
Familie suchen freundliches
möbliertes Zimmer
in best. Hause, evtl. auch ein-
zeln. Best. Angebote unter
V P 241 an das Tabl. Riesa.

Möbl. Zimmer
für 2 Herren frei
Bismardtstr. 11. 1. l.
Ein möbliertes Zimmer
für einen anständigen Herrn
ist zu vermieten
Bismardtstr. 11.

**Geräumige
Wohnung**
in Villengrundstück
mit schönem Garten
zu vermieten.
Best. Offerten unt. V N 239
an das Tageblatt Riesa.

Kind
von 1 1/2 Jahren in liebevolle
Pflege zu geben. Zu melden
Bismardtstr. 46. 3.

Suche für 1. Januar 1918
ein zuverlässiges, an Selbst-
ständigkeit gewöhntes

Hausmädchen
das Wert auf dauernde
Stellung legt und schon in
besser. Haushalt tätig war.
Zu erfahren im Tabl. Riesa.

Mädchen oder Frau
f. einige Stunden täglich gef.
Friedr.-August-Str. 12, 2. l.

Aufwartung,
Mädchen oder Frau, für
paar Stunden vormittags
ge sucht Albertstraße 5, 1.

Zielerlehrerling
für Eltern 18 gesucht bei
Zielerlehrer E. Klotzel.

Osterjunge sucht
Stellung.
Geba Nr. 50.
Wer
erzieht engl. Unterricht?
Angebote unter V L 237 an
das Tageblatt Riesa.

Schlachtpferd
zu verkaufen
Gut Nr. 41 Jakobsthal.

Mandoline,
gebr., unterhalten, zu kaufen
gesucht. Off. mit Preis unt.
V S 244 an das Tabl. Riesa.

Guterh. Spieldose
zu kauf. gesucht. Angeb. unt.
V Q 242 an das Tabl. Riesa.

Gebr. Herd,
passend für Gastwirte, ein-
gekauft, Kessel mit Abfah-
rath umständlicher billig
zu verkaufen. Wo? sagt
das Tageblatt Riesa.
Ein guterhaltener

Holländer
wird zu kaufen gesucht.
Offerten unter V T 245 an
das Tageblatt Riesa.
Achtung! Kaufe jeden Posten

Papier!
Zahl f. Betta. gebb. Rilo 20 J
Druckpapier gebb. Rilo 18 J
Ramschpapier Rilo 15 J
Karl Kettig, Sandelsn.,
Elsbtr. 9.

Wegen nötigen Bedarf.
Zahle sehr gute Preise für
Rosshaar
Federbetten, Bindfaden.
Langermann, Dresden
Gr. Brüdergasse 11. 1.

3000
selbstgeschnitzen

Christbäume,
nur erstklassige Ware, ver-
kauft im Gasthof Gröba
Paul Marx,
Obstbändler.
Mittelstraße

**baumwollene
Garne**
neu und gebraucht, kauf
auch in kleinen Posten
Wilhelm Jäger,
Barfischer 8.

Fuß-Abstreicher
Preis 240, 250, 275, 325,
335, 350 Bfg. bieten an
F. W. Thomas & Sohn,
Riesa, Hauptstr. 69.

Kinderschiffen
eingetroffen.
G. Weber, Kempnerci,
Goethestr. 94.

Wärmflaschen
aus Steingut mit Patent-
verschluss hat abzugeben
Friedrich-August-Str. 30, p.

Hotel Kaiserhof.
Heute Abend v. 7/8 Uhr an
feine Unterhaltungs-Musik.

Für die vielen Be-
weife liebevoller Teil-
nahme bei dem Heim-
gange unserer lieben
Mutter, Frau
**Ernestine
verw. Möbius**
danke wir herzlich.
Riesa, Standfestr. 1,
den 12. 12. 1917.
Die trauernden
Hinterbliebenen.

Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Beilage zum „Niesjaer Tageblatt“.

Verlag: Sanger & Winterlich, Wiesbaden.
Nr. 288.

Mittwoch, 12. Dezember 1917, abends.

70. Jahrg.

Dauerkrieg oder Wirtschaftsfriede.

Nach langem Schweigen hat der frühere englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Grey, sich wieder über Fragen des Krieges geäußert. Die Kernfrage dieser Fragen aber ist, zumindest für England, die wirtschaftliche. So beschäftigt sich denn auch die erwähnte Neuerung, Grey's Rede zu Gilbert Murray's Buch: „Der Weg zum Fortschritt“, wesentlich mit den wirtschaftlichen Wirkungen und Rückwirkungen des Krieges.

Für Deutsche sind diese Untersuchungen des entampten Staatsmannes bemerkenswert als Gradmesser der Stimmungen, die in England die Gegner und die Befürworter des Krieges nach dem Krieg trennen. Grey, um dies gleich zu sagen, gehört zu den Gegnern. Er ist der zutreffenden Meinung, dauernde Handelsperre werde nicht das Ende, sondern die Fortsetzung des Krieges bedeuten; ein wirtschaftlicher Boykott würde nur eben beweisen, daß der Krieg noch nicht zu Ende gekämpft sei. Daß im übrigen auch Grey von „Wiedergutmachungen“ und dergleichen spricht, versteht sich bei einem britischen Staatsmann einseitigen von selbst. Wichtiger aber sind ihm die weltwirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Krieges: die durch die er „die liberalen Grundzüge des Freihandels, der Sozialreform und des Fortschrittes“ bekämpft sieht.

Kann man aus solchen Äußerungen auf eine besonnenere, dem Wirtschaftskrieg abgeneigtere Stimmung in England schließen? In manchem trifft Grey's Rede mit dem bekannten Brief des Lord Lansdowne zusammen. Immerhin muß man beachten, daß gegenwärtig beide, Lansdowne, der Konservativer, und Grey, der Liberale, Oppositionsmänner sind. Grey stand zudem seit jeder bei seinen Landsleuten im Ruf eines „Vasallen“. Man hat sich in Deutschland bekanntlich über diesen Mann sehr geärgert. Man sah in ihm den eigentlichen Verantwortlichen und Bewegenden des Krieges; man empfand als besonders bedauernd das Wort: England werde nach seinem Eintritt in den Krieg nicht mehr „zu leiden“ haben, als im Fall der Neutralität, ein Ausdruck, der in Wirklichkeit mehr das Leidensmüssen als die Vorteile des Krieges betonen sollte. Grey gehört zu den Engländern, denen es mit der Sehnsucht nach Weltfrieden, Völkerverständigung und gesicherten Rechtsgrundlagen Ernst ist; er zog sich denn auch schon früh die Gegnerschaft sämtlicher Kriegstreiber zu.

Deren Rechte, wie überhaupt die englische Waise, haben den Krieg von vornherein als einen Kampf um die wirtschaftliche Weltbeherrschung an. Dem Ziel sollten die Mittel entsprochen. War Deutschland militärisch nicht niederzuringen, so sollte seine Widerstandskraft durch die Blockade und sein innerer Widerstandswille durch die Bedrohung mit dem Boykott nach dem Kriege gebrochen werden. Seit einigen Monaten hat Amerika beide Kampfmittel in vergrößertem Maßstab sich zu eigen gemacht.

Den Mißerfolg der Blockade hat selbst Lloyd George, in seiner Pariser Warnrede, zugeben müssen: in jedem Kriegsjahr brach Deutschland sich einen neuen Weg ins Freie. Die Untauglichkeit des Boykottmittels aber wird in eindringlicher Weise durch die Vorgänge in Russland gekennzeichnet — sogar durch die Falschmeldung von dem Staatsbankrott, die immerhin ein Warnungsschrei ist. Diese Ereignisse zeigen den Weg, auf dem Deutschland, sehr zum Schaden der Weltmacht, einem Boykottierungsversuch begegnen konnte. Es bleibt bei Grey Erkenntnis: ohne Wirtschaftsfrieden kann der deutsch-englische Krieg — und können auch Englands Nöte nicht enden.

Die Lage an den Fronten.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Aus dem deutschen Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland geht hervor, daß sich die feindlichen Unterhändler offenbar in einer Täuschung über die militärische Lage an der Ostfront befinden. Nur so ist es zu verstehen, wenn sie als Bedingung des Waffenstillstandes die Herausgabe der Inseln Dagö, Osel, Moon verlangten. Das heißt denn doch die Möglichkeit eines für sie feindlichen Friedens vorzunehmen, ohne daß der Gegner Bewußtsein hätte, daß es auch wirklich um Frieden kommen wird. So etwas ist natürlich unmöglich; es hieße wichtige militärische Vorteile leichtfertig aus der Hand geben. Nichts hat einen so niederdrückenden Eindruck in Rußland hervorgerufen wie gerade die Eroberung von Riga und der Inseln des Rigaischen Meerbusens. Die Russen fühlten die letztere als einen Alpdruck, der fortwährend auf Petersburg lastete.

Trotzdem und trotz der Bemühungen der englischen Staatsmacht dürfen wir zuversichtlich hoffen, daß die zeitweilige Waffenruhe noch vor dem 17. Dezember in einen förmlichen Waffenstillstand übergehen wird, zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen.

Die verhältnismäßige Ruhe an allen Westfronten hingegen mag nur eine zeitweilige sein. Die Steigerung des Beschäftigens an der englischen Front läßt allerdings noch nicht gerade neue große Kämpfe erwarten. Man wird die Berichte der nächsten Tage abwarten müssen, ehe man sich ein zutreffendes Bild über die Lage machen kann. Die rege Märgertätigkeit im Bereiche der Heeresgruppe Kronprinz und die ständigen Erhebungsberichte, die ihr Gesandte einbrachten, werden dem natürlichen Wunsche entsprechen, sich über die Verhältnisse klar zu werden, die in der letzten Zeit innerhalb der französischen Linien stattgefunden haben mögen. Irrendwie wird doch wohl die Entsendung einer Zahl von Divisionen nach Italien auch an der französischen Front ihre Rückwirkungen ausüben. Die ersten Franzosen sind nunmehr zwischen Brenta und Piave in die vorderen Stellungen der vierten italienischen Armee eingerückt, wie der Heeresbericht des General Diaz vom 9. Dezember nicht unterläßt bemerkbar zu machen.

Jerusalem von den Engländern besetzt.

Der amtliche türkische Bericht vom 10. Dez. besagt: Einatlant: Bei den gemeindeten erneuten Kämpfen westlich von Jerusalem gelang es dem Gegner, seinen Angriff näher an die Stadt heranzutragen. Wir verlegten darauf unsere westlich und südlich der Stadt gelegenen Truppen auf die Ostseite der Stadt. In Mesopotamien scheiterte der Versuch des Gegners, sich östlich des Diefel Hamrin festzusetzen. Neuer meldet aus London: Im Unterhause teilte Donor Low mit, daß Jerusalem, nachdem es umzingelt worden war, sich ergeben hat.

Aus Berlin wird gemeldet: Jerusalem wurde geräumt. Für die freiwillige Räumung war in erster Linie der Geschäftspunkt maßgebend, daß der allen gottgläubigen Völkern der Welt gebilligte Boden nicht zum Schauplatz blutiger Kämpfe werden sollte. Demgegenüber spielte die Behauptung der militärisch wertlosen Stadt keine Rolle.

Unsere Bundesgenossen wissen, daß wir an ihrer Seite stehen und daß über den Sieg von Jerusalem durch den letzten Erfolg der Engländer noch nicht endgültig entschieden ist.

18 Millionen Mann Verbandsverlust. Die Generalleutnant A. D. Baron v. Ardenne im B. I. nach Mitteilungen von maßgebender Seite berechnet, hat der Verband 18 Millionen Streiter an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren. Diese Zahlen reden eine furchtbar eindringliche Sprache und sollten die Nachhaber des Verbands, die im Gegenlag zu ihren friedensbedürftigen Vätern noch immer den Krieg bis zum Neckerstein predigen, endlich zur Vernunft bringen.

Vom Meer und Luftkrieg.

Die Jahresbilanz des Unterseebootkrieges, dessen Verschärfung die deutsche Antwort auf die böhsische Zurückweisung des Friedensangebotes vom 12. Dezember 1918 war, steht hart im Widerspruch mit dem anfänglichen Optimismus der Ententegegner. Von einer Welttonnage von noch nicht 50 Millionen Bruttoregistertonnen ist ein reichliches Viertel verlost, davon allein in den 10 Monaten vom 1. Januar bis zum 31. Oktober 8047000 Bruttoregistertonnen. Berechnet man den Tonnageraum mit 1000 W. so ergibt sich ein Verlust von 8047000000 W. in diesem kurzen Zeitraum. Zum Ausgleich fanden der Entente Neubauten, Erpressung neutraler Schiffsraumes und Entwendung deutscher Schiffe zur Verfügung. Die deutschen Bestände in vormalig neutralen Händen sind erschöpft und die Erpressung neutraler Schiffe läßt sich nicht mehr nennenswert steigern. Die Neubaumöglichkeit beträgt im Jahre 2,5 bis höchstes 4 Millionen Tonnen, doch scheitern die Entente-Schiffbauanstalten des Oktober aufwärts über Schiffneubauten und lassen die Erwartungen der amerikanischen Hilfe sehr gering erscheinen.

Ein österreichisch-ungarisches U-Boot verlost. Aus Wien wird amtlich gemeldet: In der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember ist U. B. Wien durch feindliche Torpedoschiffe verlost worden. Fast die ganze Besatzung wurde gerettet. — „Wien“ war ein überaltertes U-Boot mit 5800 Tonnen aus dem Jahre 1895.

Verloren.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Einem unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean neuerdings drei Dampfer und einen Segler vernichtet, und zwar den englischen Dampfer „Elaena“ mit 5000 T., den englischen Schoner „Conovium“ mit 2000 T., sowie zwei größere bewaffnete Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Eine neue Kriegsrede Churchills.

Aus London wird gemeldet: Churchill sagte in seiner Rede in Badport: Das Herz Rußlands ist gebrochen, nicht nur durch die deutsche Macht, sondern auch durch das deutsche Volk und die deutschen Intelligenz. Rußland liegt nun darnieder; niemand weiß, was für furchtbare Veränderungen ihm noch beschieden sein werden und wie oder wann es wieder aufstehen wird, doch aufstehen wird es! (Beifall.) Dieses traurige Ereignis hat den Krieg verlängert und England, Frankreich und Italien, die englischen, französischen und italienischen Armeen eines Preisens beraubt, der schon beinahe in ihrem Bereiche lag. Dieser Vorfall war es auch allein, der uns den Gefahren und Leiden aussetzte, die wir nicht wünschten, aber denen wir nicht entgehen werden. Unser Kriegsziel ist noch genau daselbe wie an jenem Angulabend 1914. (Langanhaltender Beifall.) als wir wußten, daß die deutschen Armeen die belgische Grenze überschritten hatten. Derselbe Geist befeelt uns noch heute. Wir haben die Kriegsziele nicht vergrößert, aber auch nicht verkleinert. Wir werden kein Wort davon zurücknehmen. Unser einziges Kriegsziel ist, daß diejenigen, die Frevel begangen haben, nach dem Kriege nicht mehr in der Lage sein werden, eine neue Katastrophe über ihre Nachbarn heranzuführen, daß der preussische Militarismus nach dem Kriege vernichtet und nicht gestärkt sein wird, daß die deutsche Nation, die sich für die Zwecke ihrer Herrscher gedraht hat, einsteht, daß ihr die feindlichen Pläne unter der Sonne erobert haben. Das ist unser Kriegsziel und das meine Absicht. Lloyd George und Wilson wenn sie sagen, daß unsere Kriegsziele Vergütungen, Wiederherstellungen und Sicherheiten seien. Wir sind nicht in den Krieg gezogen für territorialen Gewinn. Wir kämpfen nicht für Beute oder um Rache; wir werden bestrickt sein, wenn der preussische Militarismus entscheidend geschlagen und das deutsche Volk aus seiner verhängnisvollen Bezauberung errettet ist. Infolge zeitlicher Umstände hat der preussische Militarismus neue Lebenskraft erlangt, er ist noch nicht geschlagen. Jeder Bund von Nationen würde ein Gegen Papier wert sein, wenn er auf den Triumph Hindenburgs und Trepik beruhte.

Rückbegeben atmet alles, was man aus England hört. Mit Lloyd Georges Pariser Rede begann die Reihe jener Ausfassungen englischer Staatsmänner, die so wenig mehr von der Zuversichtlichkeit von ebendem sprachen ließen. Ob der frühere siegesgewisse Klang in dem, was der Premier seinen Landsleuten zu sagen hatte, immer ganz aufrichtig gewesen ist, mag unerörtert bleiben; im ganzen darf der Waffler wohl nicht als ein Meister in der Vertiefung betrachtet werden. Nach Lloyd George, der auch in seiner jüngsten Rede den früheren Ton nicht wiedergefunden hat, trat Lord Lansdowne mit seinem offenen Briefe im „Daily Telegraph“ auf den Plan. Wars ein Spiel mit verteilten Rollen, bei dem der langjährige Minister des Auswärtigen die Rüge auf sich nehmen mußte, eine „Verbotarbeit“ ohne Fühlung mit seinen Kollegen in der Presse abgelagert zu haben? Jedenfalls kann die Tatsache gar nicht hoch genug bewertet werden, daß gerade dieser ehemalige Geschäftsführer von König Edwards Einreisungspolitik die Zeit gekommen glaubt, den Engländern zur Behinung auf die Frage zu raten, ob selbst ein Sieg die ungeheuren Opfer des Krieges wert sein könne.

Nunmehr hat auch unser besonderer Freund Winston Churchill sich wieder einmal vernehmen lassen. Bei dem geht das Umlernen langsam. Er kann noch nicht von den siegharbenen Tiraden gegen den bösen preussischen Militarismus loskommen. Und wie der alles Unglück auf dem Gewissen hat, das über die Völker gekommen ist, so auch die Revolution in Rußland mit ihren für die Entente so beklagenswerten Folgen. Nicht in dem Sinne Hindenburgs, daß die Vorgänge in Rußland seit dem März, Wirkungen unserer Siege, keine „glücklichen Zufälle“ sind, sondern in dem daß er die Ereignisse unmittelbar auf deutsche Hände, ja auf deutsches Geld zurückführt. Einen Beweis für seine Richtigkeit wird der ehrenwerte Herr wohl schuldig bleiben. Immerhin ist auch an Churchills Rede beachtenswert, wie entschieden er den Gedanken zurückweist.

England solle Landgewinne anstreben oder seine Kriegsziele durch Raubzüge bestimmen lassen. Das ist wohl ein Jaunpablschwind an die französische Adresse? Es wäre nicht das erste Symptom, daß der französische Bundesgenosse den Herren in London mit einem eigenartigen Verlegen auf der „Desanxerion“ Elfa-Lothringens allmählich lästig fällt. Was in England den Friedenswillen demut, sind vor allem Sorgen um die Rückwirkungen eines faulen Friedens. Aus einem siegreichen Kriege sollte der Traum eines in sich gefesteten, sicher ausgebauten „Großbritanniens“ verwirklicht hervorgehen. Was wird werden, wenn das Umgekehrte eintritt? Es lassen sich jetzt schon recht bedenkliche Vorzeichen beobachten, daß es allerorten im Gebälke des „Greater Britain“ kaskiert und kragt. Nachdem die Australier ihren Minister Hughes an der Erfüllung seines in London abgegebenen Versprechens gehindert haben, die allgemeine Wehrpflicht auch in ihrem Lande einzuführen, steht jetzt auch in Canada ein rüstungs- und kriegsfeindlicher Umschwung bevor, der den alten Englandsgegner Laurier wieder an des reichstreuen Vorden, des jetzigen Ministerpräsidenten Platz zu bringen droht. Und die wachsende Anmaßlichkeit Amerikas, das sich dauernd auf den Äoren niederlassen möchte und das sich seine immer noch Papier gebliebene Lieferung von Kanonenfutter-Millionen schon gegenwärtig den Oberbefehl über alle Ententebeere beanspruchen möchte, stimmt doppelt unbehaglich!

Die Niedergeschlagenheit in England.

„Daily News“ veröffentlicht einen Brief ihres Schriftleiters Gardiner an Lloyd George zum Jahrestag seiner Uebernahme der Ministerpräsidenten, worin er dessen Aufmerksamkeit auf den Geist der Sorge und Niedergeschlagenheit der Nation richtet. Wir stehen vor der Krisis des Krieges, schreibt Gardiner. Das Volk habe das Vertrauen in die öffentliche Erklärungen der Staatsmänner verloren und die Regierung misstrane dem Volke. Als Demokratie habe England den Krieg für die Sache der Demokratie gegen den Despotismus begonnen, aber Lloyd George habe einen Kompromiß versucht, der dem Lande die Begeisterung der Demokratie nahm, ohne ihm die Leistungsfähigkeit des Despotismus zu geben. Die Schaffung eines Kriegskabinetts sei ein schwerer Fehler gewesen, das Unterhaus sei nur mehr ein Debattenklub. Der Schwerpunkt liege nicht bei ihm, sondern bei der Schriftleitung der Northcliffe-Presse. Alle diese Faktoren aber würden durch die Tatsache überträgt, daß das englische Volk im vierten Kriegswinter weit weniger wisse, worum es kämpfe als im Herbst 1914.

Weitere Kriegsnachrichten.

Die Revolution in Portugal. Agence Havas meldet aus Lissabon: Die Ruhe ist wiederhergestellt. Die Regierung hat entschieden, daß das Parlament aufgelöst wird. Sie hat den Präsidenten der Republik zum Rücktritt aufgefordert, da dieser sich weigert, so wurde er ersucht, sich als verhaftet zu betrachten. — Nach dem Nieuwe Rotterdamischen Courant erfährt „Daily News“ aus Lissabon vom Sonntag: Bei den republikanischen Unruhen sind 100 Personen getötet und 500 verwundet worden. — Die durch den Krieg verursachte unzulängliche Verichterstattung über die innere politische Entwicklung in Ländern niederen Ranges hindert uns, den Zusammenhängen der Ereignisse mit Verständnis zu folgen, wie sie von Zeit zu Zeit wie Blitze aus dem Dunkel der Herabzuden, auf die wir nicht unser Augenmerk zu richten gewohnt sind. So ging es uns vor einiger Zeit bei dem schon im Laufe einer Woche scheiternden Versuche, die Monarchie in China wiederherzustellen, so jetzt mit der allernuesten Umwälzung in Portugal. Denn merkwürdigerweise gibt sich die siegreiche Bewegung als eine zur Rettung der republikanischen Ordnung ins Werk gesetzte Unternehmung; obwohl doch das Haupt der gestürzten Regierung, Alfonso Costa, immer als der portugiesischen Republikaner strammster gepostet hat. Nun sollen auf einmal in seinem Kabinette lauter verlappte Monarchisten gesehen haben! Was Wahrheit ist, wird aus den Taten der neuen Regierung hervorgehen müssen, die gleich so gründlich mit den bisherigen Machthabern aufgeräumt hat, daß sie auch den Republikpräsidenten von Costas Gnaden durch Verhaftung aus dem Wege geschafft hat. — Da der Revolutionsausschuss in seiner Proklamation so nachdrücklich für die Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintritt, und mit auffallender Wärme das — im allgemeinen in Portugal recht unbeliebte — Bündnis mit England feiert, so liegt der Verdacht nahe, daß englische Nachschichten gegen seine Politik feindliche Strömungen im Spiele sind. Möglich auch, daß der allgemeine Unwille über Amerikas Festlegung auf den Äoren das treibende Moment bei dem Ansturm war. Sind diese Vermutungen richtig, so liegt ein neues Symptom der zunehmenden Spannung zwischen England und Amerika vor. Daß die Union sich nach Liberia nun auch noch einen zweiten Stützpunkt auf der Ostseite des Atlantischen Ozeans geschaffen hat, muß ja auch das Mißtrauen der Engländer herausfordern.

Was ist in Mailand vorgegangen? Egoner Blätter melden aus Mailand: Die Hausung in den Geschäftsräumen der Zeitung „Avanti“ soll negative Ergebnisse gezeitigt haben. Der Sozialist Vaolini wurde verhaftet. „Giornale d'Italia“ zufolge ergab eine Untersuchung über den Handel mit falschen Pässen, daß der sozialistische Kommunalrat Frassina von Mailand nach der Schweiz geflüchtet ist, um der Dienstpflicht zu entgehen. „Tribuna“ berichtet, in Mailand seien 14 Sozialisten verhaftet worden. Der Lebensmittelkontrollen erklärte, weitere Sparmaßnahmen seien in Italien notwendig. Was die Versorgung Mailands mit Lebensmitteln anbelange, so habe er gemeinsam mit dem Mailänder Präfekten Maßnahmen ergriffen, damit sich die Vorfälle der letzten Tage nicht wiederholten. (Anmerkung des W.L.W.: Neben die Art dieser Vorfälle ist nichts bekannt geworden.)

Die Vorgänge in Rußland.

Buchanan über die Waffenstillstandsverhandlungen. Der englische Votschaffer in Petersburg äußerte zu Vertretern der russischen Presse, die Entente habe nicht irgendwelche Strafen oder Zwangsmaßnahmen in Erwägung gezogen, falls Rußland einen Sonderfrieden schließen. Die englische Regierung wünsche ebenso, wie die russische Demokratie einen demokratischen Frieden. Der Rat der Volkskommissare lere aber, wenn er glaube, diesen Frieden dadurch sichern zu können, daß er einen sofortigen Waffenstillstand fordere, auf den dann eine Vereinbarung zu folgen hätte. Im Gegefall dazu wünschten die Alliierten suert zu einer allgemeinen Vereinbarung in Uebereinstimmung mit ihren erklärten Zielen zu gelangen und dann einen Waffenstillstand anzustreben. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand werden aber mit der deutschen Autokratie und

nicht mit dem deutschen Volke geteilt. Es ist wahrheits-
lieb, das Kaiser Wilhelm, wenn er einmal über ist, das die
europäische Armee als Kampfmittel eingesetzt hat zu erklären,
einen dauerhaften demokratischen Frieden unterzeichnen wird,
wie ihn das russische Volk wünscht. Der Friede, den er
plant, ist ein deutscher imperialistischer Friede. Wenn die
Kämpfer auch ohne Vertreter zu den Waffenstillstandsver-
handlungen kommen können, so sind sie doch bereit, sobald
ein Anzeichen, dem gesamten Willen des russischen Volkes
entsprechende Regierung gebildet ist, mit dieser Regierung
die Friedensziele und möglichen Bedingungen eines gerechten
und dauerhaften Friedens zu prüfen. Die dahin erzielten
Abkommen des wirklichen Bestandes, indem sie die ge-
waltigen deutschen Armeen an ihren Fronten aufhalten. —
Kumertung: Wie man sieht, hält es die Entente für nötig,
zuteil zu nehmen zum bösen Spiel zu machen, und läßt sich ein-
mal in einer Vundestrenne als Eigenmächtigkeiten des russischen
Bundesgenossen über sich ergehen. Sie hat erkannt, daß
die unentwegte Verfolgung des Friedensgedankens die
Stärke der heutigen russischen Regierung ist, und so ist sie
eingeschwenkt und diesem Gedanken gefolgt, um der Re-
gierung den Wind aus den Segeln zu nehmen, sie zu schwächen
und wenn möglich, durch eine Regierung zu ersetzen,
die ihr wieder gefügiger ist. Das Mandat ist zu durch-
führen, um nicht verkannt zu werden und wird den Zweck,
die Friedensbewegung in Rußland aufzuhalten oder den
eigenen Frieden herbeizuführen, hoffentlich nicht er-
reichen. Gegenüber der Verächtlichmachung, als ob die verant-
wortlichen deutschen Stellen den russischen Friedenssiegeln
entgegenstünden, braucht nur auf die Reichstagsrede des
Reichskanzlers hingewiesen zu werden, worin dieser ausdrück-
lich betont hat, daß die russischen Grundgedanken kein
Hindernis für einen Frieden bieten.

Die Ukraine für den Waffenstillstand. Daily Chroni-
cle meldet aus Petersburg: Die ukrainische Rada er-
klärte sich mit 29 gegen 8 Stimmen zu Gunsten des
unmittelbaren Waffenstillstandes.

Oberbefehlshaber Tschernawetz. Die „Politiken“
meldet, ist der bisherige Oberbefehlshaber der russischen Trup-
pen an der rumänischen Front, Tschernawetz, zum Ober-
befehlshaber ernannt worden. „Berliner Tageblatt“ erzählt
über Stockholm aus Petersburg, daß Kalabin den Arbeiter-
und Soldatenrat in Nowosibirsk verhaftet habe. Die
Regierung habe beschlossen, Truppen gegen ihn zu entsenden.
Chinesische Truppen in Scharbia. Nach der „Pravda“
hat ein Telegramm aus Chongking gemeldet, daß die Sines-
ischen Truppen ganz unerwartet in die Stadt eingerückt
seien, unter dem Vorwande, die dortigen Chinesen zu
beschützen.

Russische russischer Zinssteine. Reuter meldet
aus London: Laut Bekanntmachung dürfen die Inhaber
der russischen 5% Regierungsanleihe von 1906, welche die
Talons zum Besitze der neuen Zinssteine eingeleistet
haben, gegen Vorlegung der für die Talons ausgestellten
Empfangsbescheinigung die Bezahlung der am 1. November
fälligen Zinsen bei Barings Brothers in London verlangen.
Die neuen Zinssteine sollen dann ohne Zinssteine
vom 1. November ausgetauscht werden, wenn sie aus
Rußland eingetroffen sein werden. Das bedeutet, daß
England den Inhabern der russischen Anleihe von 1906
noch durch Auslösung des Betrages der Novemberzins-
steine beihilfen will, aber offenbar daran zweifelt, daß
Rußland die neuen Zinssteine einleifern wird.)

Das Ende der Wahlrechtsdebatten.

Nach fünftägiger Dauer hat das preussische Abgeord-
netenhaus am Dienstag die erste Lesung der Reformvor-
lagen glänzend zu Ende geführt. Auch am letzten Tage
zeigte der Besuch der Tribünen noch von regem Interesse
im Publikum; dagegen schien bei den Abgeordneten allmäh-
lich das Ende herbeizugehen zu werden. Nur Wenige hörten
noch zu, als der Nationalliberale Dr. Lubowitsch Otkraslag
wiederholte und der Freikonserwativer Dr. Kefoldt ihn wieder
dabei unterstützte. Ausgesprochene Langeweile lagerte sich
über den fast gelichteten Saal, als der unabhängige So-
zialist Strobel seine weitest Schimpfepistel über preussische
Reaktion, Militarismus und Absolutismus vorlas und die
Einwirkung der russischen Revolution auf Deutschland und
die Weststaaten eingehend behandelte. So kam der Schluss
allen erwünscht. Die Vorlagen wurden einem besonderen
Ausschuss von 35 Mitgliedern überwiesen, und das Haus
nahm nach kurzer Begründung noch den Antrag aller
Parteien an, der baldige Wahrgang fordert, wodurch der Ver-
kauf von Kunstwerken nicht mehr lebender Meister in das
Ausland verboten oder durch entsprechende Ausnahmsregeln
erleichtert wird. — Ueberblickt man rückwärtend den Verlauf
der Wahlrechtsdebatten, so ist ihr fast leidenschaftsloser,
ruhiger sachlicher Ausweg vorweg bemerkenswert. Sachlich
hat sich freilich nur Uebereinkommen über die Reformbe-
dürftigkeit des heutigen Dreiklassenwahlrechts, dagegen
starke Gegenwehr gegen das vorgeschlagene gleiche Wahl-

recht ergeben. Seine Gegner scheinen es durch ein abge-
kürztes Wahlrecht ersetzen zu wollen und anzunehmen, daß
sie auch bei Zugabe von Mehrstimmen für Alter und Bil-
dung im Rahmen des gleichen Wahlrechts bleiben. Ob die
Regierung diese Ansicht teilt, ist freilich nach den energischen
Entscheidungen Dr. Friedbergs und Dr. Drews' recht frag-
lich. Jedenfalls muß in dem erweiterten Sonderauschuss
sehr eifrig nach Ausgleich- und Verständigungsmöglich-
keiten gesucht werden, wenn das Reformwerk halbwegs im
Sinne der Regierungsvorlagen eine Mehrheit finden soll.
Die Kommissionsarbeiten werden noch vor dem Beginn der
Januarferien, voraussichtlich am 8. Januar, in Angriff
genommen werden.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.
Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Deutscher Generalstabsbericht.

(Mittell.) Großes Hauptquartier, 12. Dezember 1917.

Deutscher Kriegslagebericht.
Die Gefechtsstärke blieb in wachsenden Grenzen.
Im November betrug die Verlust der feindlichen Luft-
streitkräfte an den deutschen Fronten 28 Jagdflugzeuge und
205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unseren Linien, die
übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar ab-
gefeuert sind. Wir haben im Kampf 60 Flugzeuge und
2 Jagdflugzeuge verloren.

Deutscher Kriegslagebericht.
Nichts Neues.
Keine größeren Kampfhandlungen.
Keine größeren Abbrüche zwischen Brenta und Piave
entwickelten sich drückende Kämpfe, in denen wie Gefangene
machten.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem wurden
Anlagen, die lediglich zur Fabrikation von Kriegsbedarf
bestimmt und daher später nicht wieder verwendbar
waren, völlig abgeschrieben. Auf Waren, Rohstoffe und
Fabrikate, die zu erhöhten Kriegspreisen eingekauft waren,
die weit über den Friedenspreis lagen, wurde mit Rücksicht
auf die nach Friedensschluss zu erwartende große Preis-
minderung gleichfalls eine entsprechende Abschreibung vor-
genommen. Ähnlich verfahren die Werke, deren Anlagen
infolge der Kriegsarbeiten ungewöhnlich in Anspruch ge-
nommen wurden, oder die schlechtes Material und unger-
ne Arbeiter verwenden mußten. Diese vorzügliche
Selbsthilfe der Unternehmungen mindert die Gefahren,
denen ein schneller Abbau der Kriegspreise unseren Wirt-
schaftskörper aussetzen könnte, auf ein Mindestmaß herab.
Weitere Vereinfachung. Man schreibt uns: Der
schlechte Ausfall unserer Wertenterte macht es notwendig,

das in Vorbereitung schon heute wenig bestellte An-
schaffungen noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuss
für Inlandsbeschaffung hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine
Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammzucker-
gehalt von nicht mehr als 2%, anzuwenden zu lassen.
Die knappe Getreideversorgung im neuen Wirtschaftsjahr
müßte zu den äußersten Einschränkungen. Mit der Zu-
stellung eines Kontingents von nur 10%, wird es nicht
möglich sein, die Inlandsbeschaffung in dem bisherigen,
schon sehr beschränkten Rahmen aufrecht zu erhalten, wenn
nicht alsbald zu einer weiteren Streckung der Diers ge-
schritten wird. Der Zentralausschuss nimmt an, daß sich
die Brauereien nur schwerern Herzen zu einer solchen Maß-
nahme entschließen würden. Auch den Bierkäufern dürfte
das Herz nicht gerade leichter werden bei der Aussicht auf
ein Getränk, das mit dem früheren gehaltvollen deutschen
Bier kaum noch eine Ähnlichkeit haben wird.

Der erste Generalstabschef: Sudebarr.

Das deutsche Reich.

Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung
über die höhere Kennzeichnung von Waren sowie eine Ver-
ordnung über Funktionäre.
Seit Ablehnung des Friedensangebots durch die
Entente haben sich die Ergebnisse der deutschen Kriegsan-
leihen um mehrere Milliarden gesteigert. Im Jahre 1918
betrug das Ergebnis der Kriegsanleihen 21,4 Milliarden
Mark, im Jahre 1917 25,5 Milliarden.
Der Abbau der Kriegspreise. Man schreibt uns:
Die Notwendigkeit, nach der Öffnung der Grenzen sofort
auf einen wohlwollenden und der Möglichkeit der Be-
schleunigung weitgehend Rechnung tragenden Abbau der
gegenwärtigen Kriegspreise in allen Zweigen der wirt-
schaftlichen Erzeugung bedacht zu sein, beschäftigt seit
längerer Zeit alle beteiligten Reichs- und Staatsbehörden.
Der wünschenswerteste Beschleunigung dieses Rückbildungs-
prozesses werden die seit Monaten erfolgten Betriebs-
zusammenlegungen und vielseitigen Kontrollmaßnahmen
wertvolle Dienste leisten. Bei der zu erwartenden Ab-
nahme wird stets der Gedanke leitend sein, daß eine
dauernde Beschädigung einzelner Wirtschaftszweige
als auch einzelner Betriebe durch eine zu unermittelte
Senkung der Preise unbedingt zu verhindern ist. Eine be-
schleunigte Abwicklung des Prozesses wird aber sehr be-
günstigt durch die in großem Maßstab getroffene Vorjare
der Reduzierung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und
industriellen Betriebe selbst. Es braucht nur daran
erinnert zu werden, daß fast in allen größeren Unter-
nehmungen die Kriegsbilanzen bereits unter weitgehendster
Verständigung der durch die spätere Ueberführung in die
Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen aufgestellt
worden sind. Insbesondere fanden durchweg größere Ab-
schreibungen als üblich statt. Hierfür war der Grundlag
maßgebend, Einrichtungen und Vermögensgegenstände so
zu bewerten, ausländisches Bestium, gleichviel ob Werte,
Beteiligungen oder Guthaben so einzufassen, daß Nachteile
samt daraus erwachsen konnten. Ausländische Forde-
rungen wurden fast ganz abgeschrieben. Außerdem